

Der Blatt-Verkaufpreis des monatlichen Bezugspreises 2,50 RM., durch die Post 2,95 RM., ausföhr. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Bezugspreis unter 'Sozial-Verwaltung' eingetragen.

Für unbesagte eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Original und 'Sozial-Verw.' geklebt.

Verantwortlich für den Schriftleitung: Hr. 1140 der Angewandten-Kunstschule Nr. 170; der Verwaltung: Hr. 1133.

Sozial-Beitung.

34. Jahrgang

werden die 6 getragenen Anzeigen oder deren Raum mit 80 Pfg. berechnet und in ungenutztem Raum und allen Anzeigen-Gebühren angeschlossen. Bekleimen die Zeile 1 RM. Schluß der Anzeigennummer: born. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.

Ersteilt täglich normal. Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Die liberale Front in Sachsen.

Mit der Zustimmung des außerordentlichen Parteitagess der sächsischen Nationalliberalen zu dem Landtagsabkommen für 1915 mit der Fortschrittlichen Volkspartei ist die liberale Kampffront für die nächsten sächsischen Landtagswahlen zeitlos hergestellt worden.

Das Wahlabkommen ist in erster Linie geschlossen zur Wahrung des liberalen Besitzstandes und zur Erhaltung neuer Mandate für die beiden liberalen Parteien. Naturgemäß muß es sich zu diesem Zweck sowohl gegen rechts wie gegen links richten.

gegen den Liberalismus Luft. Das ist wohl der beste Beweis dafür, daß die beiden liberalen Parteien zu oberst das Interesse des Liberalismus gemahrt haben.

Von den 91 Wahlkreisen sind gegenwärtig 29 im Besitze der Nationalliberalen und 8 fortschrittlich vertreten. Den beiden liberalen Parteien fehlen an der absoluten Mehrheit also nur 6 Landtagsitze. Wird, was ja zu hoffen ist, das liberale Wahlabkommen von allen Seiten tatkräftig durchgeführt, so ist es sehr wohl möglich, durch die Erziehung einer liberalen Landtagsmehrheit dem sächsischen Bürgerstand den gebührenden Einfluß zu verschaffen.

Die fortschrittliche Volkspartei zählt, wie erwähnt, gegenwärtig im sächsischen Landtage 8 Vertreter. Es sind dies Prof. Koch für Dresden 6, Stadtrat Schwager für Jittau, Vithogarth Rodt für Annaberg, Seminaroberlehrer Dr. Dietel für Arnstadt-Bärenstein, Landgerichtsrat Brodowicz für Grottenhof, Kaufmann Günther für Plauen, Kommerzienrat Bär für Zwickau und Bürgermeister Dr. Roth für Burgstädt.

11. Deutscher gewerblicher Genossenschaftstag.

Unter liberans zahlreicher Beteiligung von Vertretern aller deutschen gewerblichen Genossenschaftsverbände begannen heute in der hiesigen Stadthalle die Verhandlungen des 11. Deutschen gewerblichen Genossenschaftstages, der sich mit einer Reihe für das Genossenschaftswesen wichtiger Fragen beschäftigen wird.

redits, der Krediteinträumung und der Kreditusage wird sich der Genossenschaftstag auch mit den Zielen der Gewerbelörderung befassen und weiter Stellung nehmen zur Revision des Genossenschaftsgesetzes.

Dem Hauptverbande Deutscher Gewerblicher Genossenschaften (Sitz in Berlin) gehören 16 Kreisverbände an. Von diesen haben 13 ihren Sitz in Preußen, 1 in Sachsen, 1 in Bayern und 1 in Elsaß-Lothringen.

Zu der diesjährigen Tagung sind etwa 400 Delegierte erschienen. - Der Vorsitzende des Verbandes Landtagsabgeordneter S a m m e r (Zehlendorf-Berlin) begrüßte die erschienenen Teilnehmer und insbesondere das Herrenhausmitglied Obermeister Plate (Sannover), sowie den Vertreter der Preussischen Zentralgenossenschaftsvereine Finanzrat Dr. Hartmann.

„Kreditfragen und Einräumungen sind in einer Form zu erteilen, daß daraus seitens des Nachfolgenden ein Rechtsanspruch nicht hergeleitet ist; dabei ist neben der persönlichen Würdigkeit der Antragsteller in erster Linie auf größere Sicherheiten (bürgerschaftliche Kautelen, Hypothek, Bürgerschaften) zu sehen, die aus der Pfortschäftlichkeit ergebende Sicherheit aber nur als Ergänzungsbürgschaft zu betrachten. Der Widerruf und die jederzeitige Einziehung bewilligter Kredite muß, um die Liquidität der Genossenschaften zu wahren, ausnahmslos vorbehalten werden.“

Feuilleton.

7. General-Verammlung des deutschen Werkbundes.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Der zweite Verbandstag war der Besprechung der von Geheimrat Muthesius aufgestellten Thesen und der Gegenentwürfe na des Verbandes gewidmet. Heftig fochten die Anwesenden im Redeampfe aneinander; Künstlerindividualismus auf der einen Seite, zweckmäßige Typisierung auf der anderen, um eine wirtschaftliche Ausbreitung des Werkbundesgedankens zu ermöglichen, befehdeten sich, ohne eine völlige Einigung zu erzielen.

Werkbund und Weltwirtschaft

sprach. Der Vortrag, eine nach Inhalt und Form gleich mischerhafte Rednerleistung, dauerte sich im wesentlichen auf folgenden Gedankengängen auf: Im Altertum wie im Mittelalter sind nur qualitativ hochstehende Leistungen im Werkhandl zur Geltung gekommen; arabische und indische Gewürze, Damaszener Waffen trugen den Ruf ihres Heimatlandes zu den fernsten Völkern.

andererseits leiden sie am meisten unter dem Wechsel der Konjunktur. Denn in wirtschaftlich unglücklichen Zeiten sinkt zuerst der Absatz dieser Luxusgegenstände. Zu diesen wirtschaftlichen Uebelständen treten künstlerische. Denn diese Waren sind für den Käufer keine Notwendigkeit, ihr Ankauf hängt ganz davon ab, ob sie seinen Geschmack treffen. Völker auf einer mittleren Kulturstufe kaufen von diesen Luxusgegenständen solche, die ihrem Begriffe von Korrektheit entsprechen. Deshalb ist die Legende vom guten französischen Gewand in a nicht gering zu achten, denn sie erleichtert den Absatz französischer Luxusartikel in der ganzen Welt bei den Halbultkulturvölkern.

Führung der leitenden Architekten Baurat Schmöhl und Professor Wesendorf. Den Schluß fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Werkbundes mit einem Besuch der durch ihre Inneneinrichtung bemerkenswerten Willen Krahe und Herzberg und der architektonisch außerordentlich wirkungsvoll gestalteten Essener Synagoge.

Dilettanten auf der Bühne

- das ist ein köses Kapitel im Theaterbetrieb, denn sie zeichnen sich, wenn sie gelegentlich einmal zur Ausfülle mitwirken wollen, als ungenürlässig und eingebildet, weil sie die Schwierigkeiten der Scene nicht ahnen. Sehr hübsch schildert das Karl Dörfling in einer Episode des Juliheftes von Velhagen & Klasing's Monatsheften. „Aus dem Leben eines Chordirektors“ werden da die Mühen geschildert, die der Vielgeplagte mit einem Extraktor von Demen der Gesellschaft hat. Nach unzähligen Proben sibt der schwermüde Einlass 67 und die Ausführung der neuen Oper steht bevor. Der Chordirektor erzählt: Zeitiger als sonst - um noch einmal zu mahnen! - ging ich mit meinem Abendessen am nächsten Tage ins Theater. Auf meine Frage, ob die Damen vom Extraktor schon da waren, jagte der Wärter in seiner Nahe: sie wären alle viel zu früh gekommen. Ich durfte also wohl annehmen, daß sie schon im Kostüm seien und ging nach dem Balletsaal hinaus. Denn nachher war doch alles schon wieder versetzt durch das ganze Theater. Ich öffnete die Tür, da sprangen einige Gestalten hereinstreckend hinter's Klavier. Unerrichteter Sache mußte ich auf die Bühne zurück.





sch die Diskussionsordnung mit den Beschlüssen einverstanden erklären. — Die Lesung wurde darauf angenommen.

**Gobann sprach** (Verbandsdirektor K o r t h a u s (Berlin) über „Kautionsbetriebe mit besonderer Rücksicht für Submissionsarbeiten“. Der Redner führte u. a. aus, daß für Gewährung von Kautionsbetriebe an Korporationen des selbständigen Gewerkes deren Kredit- und Kreditfähigkeit die Voraussetzung bilden müsse. Es ergebe sich im allgemeinen für die Gewährung größerer und wiederkehrender Kredite eine Verbindung mit der Zentralkasse zweckmäßig. Nur in Ausnahmefällen könne die Sicherheit der Kredite durch Lombardierung von Waren und durch Bürgschaften in Frage kommen, insbesondere gelte das für junge Genossenschaften. Grundfähigkeit ist anzunehmen, daß Vereine die notwendige Kreditfähigkeit in sich selbst bieten. Wenn Kautionsbetriebe in der Form eines Kautionsbuchs gegeben würde, so sei diese Sicherstellung einer Kreditgewährung in bar gleich zu erachten. — Nach einer kurzen Debatte über den Vorschlag wurden entsprechende Beschlüsse angenommen.

Ein Vortrag des Verbandsdirektors H e h (Berlin) über die Anwendung des Reichseinkommensteuergesetzes in der Praxis wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

**Ueber das Thema:** „In welcher Form ist eine Verbindung der Einziehungsgenossenschaften, Einziehungsämtler usw. erwünscht?“ referierte darauf in Behandlung des Direktors R i e m a n n (Erfurt) der Korrespondent Stadtrat Z u n g (Weiß). Redner erläuterte an der Hand zahlreicher Beispiele, besonders der Erfolge des in Preußen angewandten Systems, den Wert der Einziehungsgenossenschaften, er sprach sich aber gegen die Gründung von Einziehungsgenossenschaften zur Einziehung von faulenden Forderungen aus. Keine Anerkennung sollte Redner dem deutschen Richterstand, der ernsthaft bemüht sei, durch Verständnis für die Bedürfnisse des Mittelstandes diesem zu helfen. — Nach kurzer Debatte wurden die dem Redner vorgelegten Beschlüsse in folgender abgeminderten Fassung angenommen:

„Der 11. Deutsche gewerbliche Genossenschaftstag erkennt in den bestehenden Einziehungsgenossenschaften und ähnlichen Einrichtungen eine wirksame Waffe zur Bekämpfung des Vorkaufwesens. Es wird daher den Kreditgenossenschaften empfohlen, zusammen mit anderen Vereinigungen des Mittelstandes (Rabattvereine, Annungen usw.) die Gründung derartiger Einrichtungen zu fördern, insbesondere aber Abrechnungsstellen für gewerbliche Forderungen einzurichten. Eine wesentliche Förderung des genossenschaftlichen Einziehungswesens verspricht sich der 11. Deutsche gewerbliche Genossenschaftstag von dem Zusammenfluß der bestehenden Einziehungsgenossenschaften und Einziehungsämtler. Es wird daher der Zusammenfluß einer freien Vereinigung empfohlen, deren Aufgabe ist: 1. Sammlung aller das genossenschaftliche Einziehungswesen betreffenden Druckarbeiten, Geschäftsverträge, Lizenzen usw., 2. gemeinsamer Austausch von Erfahrungen, 3. Erteilung von Rat und Auskünften an die angeschlossenen Genossenschaften und 4. Gewährung von Rechtsfahigkeit für die Einziehungsgeschäfte der angeschlossenen Genossenschaften.“

In der Nachmittags-sitzung wurden die Angelegenheiten der Tagungsorganisation erörtert. — Zunächst nahm die Versammlung einen vom Vormittag vertragen Bericht des Direktors W a s a n d o r f an Straßburg im Anschluß über „Kreditgenossenschaften ohne Sparbetrieb“ entgegen. Redner bezeichnete die Schaffung solcher Genossenschaften als nicht empfehlenswert. Der Weg erweise praktisch undurchführbar, aber selbst wenn dies nicht der Fall sei, so könne man die Errichtung solcher Genossenschaften dennoch nicht für wünschenswert halten, da sie weder die angestrebte Kreditverbilligung bringen würden noch zu den Leistungen des modernen Geldverkehrs imstande wären, welche banmäßig entwickelte Kreditgenossenschaften für unsere Volkswirtschaft bieten. Der Redner fand bei der Versammlung Zustimmung.

Nach Referaten von Dr. W i l d e n (Düsseldorf) über die Ziele der Gewerkschaftsbewegung und von Dr. W e i s s (Hannover) über die Organisation und Ziele der Hauptvereinigungsstelle behandelte Verbandsdirektor K o r t h a u s (Berlin) und Direktor H e n d e r (Düsseldorf) die Durchführbarkeit einer Föderation der Kreditgenossenschaften.

Das nach dem Abendessen im Saal der Kaserne am 12. Juli 1913 abgehaltene Festmahl wurde von dem Vorsitzenden der Versammlung, dem Direktor K o r t h a u s (Berlin), eröffnet. — Das Festmahl wurde von dem Vorsitzenden der Versammlung, dem Direktor K o r t h a u s (Berlin), eröffnet.

Nach der Veranstaltung der Kaserne wurde ein Festmahl abgehalten. — Das Festmahl wurde von dem Vorsitzenden der Versammlung, dem Direktor K o r t h a u s (Berlin), eröffnet.

Nachdem die Versammlung am 12. Juli 1913 abgehalten wurde, wurde am 13. Juli 1913 ein Festmahl abgehalten. — Das Festmahl wurde von dem Vorsitzenden der Versammlung, dem Direktor K o r t h a u s (Berlin), eröffnet.

schaffen. — Nach kurzer Ansprache nahm die Versammlung die folgenden Beschlüsse an:

„Es ist anzunehmen, daß bei der Revision der Waren-genossenschaften in fast jeder Hinsicht besondere Vorkehrungen zu treffen sind. In diesem Zwecke empfiehlt sich eine Verbindung der Warenvereine mit den Fakturen, um die Einziehung der Preisse zu kontrollieren zu können; ferner eine stichprobenweise Prüfung des Warenbestandes aus dem Mutter und die Berücksichtigung der Warenzusammensetzung, die festzustellen ist. Die Organisation des Warenbestandes und Aufschlüsselung des Warenbestandes in direkter Geschäftsverbindung stehen, ferner ob und gegebenenfalls aus welchem Grunde die Waren nicht bei der Zentraleinkaufsstelle gekauft wurden. Es ist zu prüfen, ob der Preisvergleich ein angemessener ist und ob für alle Mitglieder gleiche Preise berechnet werden. In dringenden Fällen kann der Revisor einen Sachmann zuziehen. Eine Entlastung der Verwaltungsgenossen von ihrer Verpflichtung, die Vorkehrungen des ordentlichen Geschäftsbetriebes anzuwenden, wird auch durch diese Seite der Revision nicht herbeigeführt.“

Das letzte Thema des heutigen Tages betraf die Frage, ob die Geschäftsführer der Waren-genossenschaften deren Vorstandsmitglieder sein könnten. Der Referent, Verbandsdirektor K a n n e (Leipzig), bejahte diese Frage unter bestimmten Voraussetzungen, besonders empfehle es sich, bei der Gründung einer Waren-genossenschaft wegen des Anfangs noch geringen Umlages der Geschäfte die Geschäftsführung einem geeigneten Sachmann nebenamtlich zu übertragen und diesen nach und nach die Vorstände der Genossenschaft zu wählen. Hauptamtlich angestellte Geschäftsführer, die sich längere Zeit bemüht haben, seien gegebenenfalls ebenfalls in den Vorstand aufzunehmen, doch könne diese Angelegenheit immer nur von Fall zu Fall und unter Berücksichtigung der einschlägigen Verhältnisse behandelt werden. Morgen werden die Verhandlungen zu Ende geführt.

### Österreich und das Ausland.

Die Londoner „Daily Mail“ bringt von einem Spezialkorrespondenten in Wien ein Interview über die Haltung Österreichs in der gegenwärtigen Lage mit einer anonymen Persönlichkeit, die jedoch, wie das Blatt erklärt, die genaue Ansichten des Grafen Berchtold wiedergibt. Aus den Angaben des Blattes soll man augenscheinlich schließen, daß Graf Berchtold selbst der Urheber der Erklärungen ist, über zu ihrer Veröffentlichung ermächtigte. Das Interview lautet:

Frage 1: Welche Haltung nimmt Österreich-ungarn mit Bezug auf die Spannungsverhältnisse in Österreich und Serbien ein? — Antwort: Die Spannung zwischen Österreich-ungarn und Serbien hat die Aufmerksamkeit österreichisch-ungarischer Staatsmänner seit einiger Zeit in Anspruch genommen. Dieser nahm von der Ermordung des Königs Alexander und der Ägitation gegen Österreich-ungarn durch revolutionäre Gesellschaften ist seit jener Zeit in Belgrad geklärt worden. Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und der Herzogin von Hohenberg muß als natürliche Folge dieser Agitation angesehen werden, welche bisher keine förmliche Regierung zu unterdrücken vermochte.

Frage 2: Wird der Tod des Erzherzogs die Kontinuität der österreichischen Politik ändern? — Antwort: In der auswärtigen Politik Österreich-ungarns wird infolge des Todes des Erzherzogs keine Veränderung eintreten. Diese Politik wird in Gemäßheit der Befehle des Kaisers Franz Josef vom Grafen Berchtold geleitet, welcher in allen wichtigen Fragen mit den österreichischen und ungarischen Premierministern in fortwährender Verbindung bleibt.

Frage 3: Welche Stellung nimmt Österreich-ungarn zur Krise in Albanien ein? — Antwort: Die österreichisch-ungarische Regierung hat beschlossen, das Werk der Organisation des albanischen Staates in Hand mit Älften und den anderen Mächten, welche an der Londoner Konferenz teilnahmen, fortzusetzen. Der von der britischen Regierung Albanien erteilte Beistand ist in Österreich-ungarn warm begrüßt worden. Erst kürzlich hat die österreichisch-ungarische Regierung den Mächten einen Vorschlag unterbreitet, über den noch verhandelt wird und demzufolge eine Albanische Willkür gegeben ist und in Stutuzi vom Obersten Phillips ausgeführt werden soll, dessen militärische und administrative Fähigkeiten man in Österreich sehr hoch schätzt.

### Ein wichtiger allgemeiner Ministererakt

Am Dienstag früh in Wien im Ministerium des Aeuhrens statt. Er hat sich mit der durch das Attentat von Sarajewo geschaffenen Situation beschäftigt, ohne daß man bis zur Stunde über die gefasteten Beschlüsse etwas Genaueres hätte erfahren können. Die Annahme, daß mit Rücksicht auf den Umstand, daß das Attentat ein Verstoß gegen Serbien aus der einen seiner diplomatischen Aktion gegen Serbien führen würde, dürfte wohl unbegründet sein. In dem Ministererakt wird jedoch sicher alle Maßnahmen beschlossen worden, die eine radikale Dämpfung der großserbischen Propaganda ermöglichen.

Die Agitation, die von mehreren Wiener Hochadeligen gegen den obersten Hofmeister des Kaisers, den Fürsten Montenuovo, betrieben wurde, da dieser, wie behauptet wurde, bei dem Zeigenbügnis des Erzherzogs Franz Ferdinand einer alten Abweichung durch das Jeronemil Ausrudd gegeben hatte, hat jetzt zur Folge gehabt, daß der Kaiser ein sehr großes Handreichern an den Fürsten gerichtet hat, indem er ihn seiner Huld versichert.

### Deutsches Reich.

Die erste Sitzung des neu gewählten Wasserfestenbestenrats für den Rhein und seine Nebenflüsse fand am Montag in Koblenz statt. Der Vorsitzende, Oberpräsident Frhr. von Rahn, begrüßte die Mitglieder. Bei Eröffnung der Tagesordnung war von besonderer Bedeutung die Auskunft über die Frage der Vertiefung des Rheins von St. Goar bis Mannheim. Danach ist die preußische Regierung nach genauer Untersuchung der in Betracht kommenden Verhältnisse zu dem Ergebnis gekommen, daß ein fester, dauernder Erfolg nur durch den Bau einer Schleufe am linken Ufer zu erzielen sei. In die Sitzung schloß sich eine Rheinfahrt bis zur holländischen Grenze, wobei mehrere in Ausführung begriffene Bauten besichtigt wurden.

Die Einberufung des meiningischen Landtags. Der zum 15. Juli einberufene Landtag des Herzogtums Sachsen-

Meiningen wird nur die im Artikel 107 der Verfassung vor-gezeichnete Erklärung (Eid) des neuen Herzogs entgegennehmen und ihm durch neue erbliche Erklärung Treue geloben. Tagungsarbeiten werden dem Landtag in dieser Lage nicht zugehen, auch die schon eingetragenen werden jetzt nicht beraten werden. — Am 14. Juli tritt der Rechnungsausschuss des Landtags in Meiningen zusammen.

Deutschland als Vorbild für die fertige Landwirtschaft. Aus Lauchitz ist kürzlich uns unter No. 3 Korrespondent: Dieser Tage weite der frühere fertige Landwirtschaftsminister Voß, jetzt Professor an der Universität Belgrad, mit noch jein Serben in Lauchitz, um die fertige Landwirtschaft eingehend zu beschäftigen. Nach den letzten freigelegten Zeugnissen mit Serbien die noch sehr dandierende Landwirtschaft heben, sowie den eroberten Gebieten eine gründliche Kultur bringen. Es soll jetzt bei Belgrad eine Landwirtschaft nach dem Lauchitzener Muster ins Leben gerufen werden.

Gegen den Fiskusbescheid des Bischofs von Como, der bekanntlich mehrere Stellen enthält, die gegen das deutsche Zentrum gerichtet waren, wendet sich die offizielle „Bayerische Staatszeitung“, indem sie schreibt:

Der Fiskusbescheid des Bischofs von Como hat merkwürdigerweise auch einige kirchenpolitische Fragen Deutschlands in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen. Es ist hier nicht der Ort, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Zu wünschen ist aber, daß die vom Bischof von Como gewählte Methode, sich bei der Mittelwelt in empfehlende Erinnerung zu bringen, nicht Schulae macht, denn es müßte zu bedeutenden Konsequenzen führen, wenn es lebendig würde, daß Bischöfe eines Landes sich kritisch über Verhältnisse eines anderen Landes vertrieben, die ihren Amtskreis nicht berühren, und die sie daher auch nichts angehen. Wenn der vom Bischof von Como betundenen guten Willst eine angemessene Befehlung seiner Diözesanen leitens des Heiligen Stuhles eine Anerkennung zuteil geworden ist, so dürfte es irrig sein, daraus Schlusfolgerungen für Deutschland zu ziehen.

Man sieht, Herr von Hertling läßt als regierender Staatsminister die „Seinen“ nicht so leicht im Stich!

### Eine Abänderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb wird zurzeit in Erwägung gezogen.

Eine Abänderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb wird zurzeit in Erwägung gezogen. Sie steht im Zusammenhang mit der Frage einer geänderten Neuregelung des Zugangsbewehns, über die der preussische Handelsminister den beteiligten Reichsregierungs- und preussischen Ministerien neue Vorschläge unterbreitet hat. Es handelt sich hierbei um die Befreiung der Wirtschaft, die eine Preisverfestigung infolge der Konkurrenz der Verkäufer gegenüber ihrer Berufsgenossen entfällt. Die Erhebungen über die Angelegenheit haben bereits zu vielen Äußerungen geführt, von denen die des Ausschusses der Berliner Handelskammer besonders hervorzuheben ist. In dem Fragebogen des Ministers, das diese Materie behandelt, ist angegeben, daß der Wunsch in dem Verfahren der Zugabereklame einen Verstoß gegen das erste Erfordernis des Kaufs, die Durchsichtigkeit der Preisverhältnisse, bedeutet. Da anzunehmen ist, daß in der Regel die Zugabe nicht ein reines Geschenk darstellt, sondern ganz oder zum Teil in dem Preise der Hauptware mit begaßt wird, kann die sogenannte „Wettreklame“ die Probe daraufhin, ob sie gleich anderen Arten der Reklame ein legitimes Mittel des geschäftlichen Verkehrs sei, in der Weizgabi der Fälle nicht bestehen. Was die Vorschläge anbetrifft, die die Anknüpfung der Zugabe und das Zugaben selbst gesetzlich unter Strafe stellen wollen, läßt sich nicht um Zugaben von geringem Wert handelt, so dürfen sie sich immer gewöhnlich lassen. Eine Abgrenzung dieser Begriffe verlangt besondere Schwierigkeiten, wenn man die Zuhandlungen unter Strafe stellen will, denn strafgesetzliche Bestimmungen müssen klare Voraussetzungen haben. Im übrigen hat die Anknüpfung bei den Handelskammern ergeben, daß die Mehrheit im Prinzip dafür ausgesprochen hat, die Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb abändern, um den herangezogenen Umständen erfolgreich auf diesem Gebiete entgegenzutreten. Vorher sind fast alle Kleinhandelsausstufungen hierüber befragt worden. Ganz besonders hat sich das Zugabewesen im Margarinehandel herausgehoben, Wein, Zigarren, Tee, Kaffee und Schokolade in Betracht.

Das Bäuerliche Mitbestimmungs- und verschiedene Möglichkeiten seiner Durchführung, seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Regelung waren Gegenstand lebhafter Erörterung in der Sitzung eines Sonderausschusses des Sghurgerbundes für Deutchen Grundbesitz, der am 4. d. W. in Berlin tagte. Zu den Beratungen waren hervorragende Sachverständige hinzugezogen worden. Das Ergebnis der Verhandlungen geht in Form eines erweiterten Protokolls den Bauernvereinen zu, nach deren Stellungnahme der Ausschuss im Herbst d. J. erneut zusammentreten wird.

### Eigenartige Nachrichten aus dem neuen reichsständischen Farbenerbebot.

Eigenartige Nachrichten aus dem neuen reichsständischen Farbenerbebot. Der Straßburger Landesverband der Kriegervereine hat beschlossen, in Brumath bei Straßburg einen Blumentag zu veranstalten und 2000 Blumen in roten Farben beigezueuert. Die dortigen Vereine haben aber schon blaue und weiße Blumen angepflanzt. Um nun Mißverständnissen zu vermeiden aus Anlaß des neuesten Farbenerbotes der Regierung, wurde beschlossen, den Blumentag ausfallen zu lassen.

### Parteinachrichten.

Im Wahltreue Robian-Bekannt machen die Konfessionen nun auch mit der Veranstaltung von Versammlungen, in denen neben dem Kandidaten Landtagsabgeordneter Amrat S ch r e w e die feineren Geister des Bundes der Landwirte ihr Licht leuchten lassen. Die „Wahner Kreiszeitung“ berichtet in ihrer Sonntags-Nummer über einige dieser Konfessions-Versammlungen im Kreise Robian, und man muß nach dem Besen dieser Versammlungsberichte sich erstaunt fragen, hat der konfessionale Reichstagskandidat wirklich derartige törichte Ausprüche getau, oder ist der Verfasser der Berichte ein Mann, der sich Mühe gibt, das politische und volkswirtschaftliche Wissen des Herrn Amrats Schrewe in der öffentlichen Meinung herabzusetzen? Nach

Lassen Sie sich gratis und franco ein Probeheft und die Kataloge über die feinsten Produkte der Schönheitspflege Providol kommen, und entscheiden Sie dann selbst, welche feinsten Produkte Sie wählen. Providol Ges. m. b. H., Berlin N.W.





# Grand Prix von Frankreich

4. Juli 1914.

**Bedeutendstes Automobil-Rennen der Welt**

**20 Runden zu 37,66 = 753,2 km**

Dieser gewaltige Kampf, dessen Ausgang die ganze automobilistische Welt mit äusserster Spannung verfolgte, hat dem „Continental-Pneumatik“ einen unvergleichlich grossen Erfolg gebracht.

**Sieger** Lautenschlager auf Mercedes  
**Zweiter** Wagner auf Mercedes  
**Dritter** Salzer auf Mercedes  
**Zehnter** Joerns auf Opel

sämtlich mit

# Continental

**Pneumatik**

Die Fahrer hatten keinen einzigen Reifendefekt. Sie wechselten nur einmal, ungezwungen und lediglich vorsichtshalber, ihre noch durchhausguten „Continental-Reifen“. Die internationale Sport- und Tagespresse hebt besonders die Widerstandsfähigkeit des „Continental-Pneumatiks“ hervor.

„L'Auto“ schreibt: „Lautenschlager, der nur einmal anhält, um sich zu verproviantieren, wechselt gleichzeitig seine vier Reifen aus. Wir stellen einen überraschend guten Zustand der Reifen fest.“

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Bei dem mörderischen Tempo, das gefahren wurde und den unzähligen Kurven in den zwanzig Runden mussten die „Continental-Reifen“ der siegreichen Wagen tapfer aushalten.“

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: „Kein Zufallssieg dank dem Pech der anderen Konkurrenten, sondern ein ehrlich und fair erstrittener Erfolg der besseren Wagen und der besseren Fahrer ist hier zutage getreten, an dem auch der Anteil der deutschen Reifenindustrie nicht vergessen werden soll. . . . Erst in der zehnten Runde wechselten die drei Mercedeswagen zum **erstenmal** ihre „Continental-Reifen“.“



**Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Gesellschaft, Hannover.**

